



Französischer Europaminister Laurent Wauquiez zu Besuch im Großherzogtum

Tagungskalender 2012: Paris klagt

Luxemburg und Frankreich halten am Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg fest

VON LYNN WELTER

Luxemburg und Frankreich sind sich bei der Sitzfrage des Europäischen Parlaments einig: Straßburg muss als Sitz weiterbestehen bleiben. Diese Aussage trafen Premierminister Jean-Claude Juncker und der französische Europaminister Laurent Wauquiez am Mittwoch in Luxemburg. Juncker forderte von allen portugiesischen Politikern, den Konsolidierungskurs auch in Zukunft mitzutragen.

Bezüglich der Schuldenkrise Portugals sieht es Eurogruppen-Chef Juncker als notwendig an, dass sich die politische Klasse des Landes nicht nur auf die vorgezogenen Parlamentswahlen am 5. Juni konzentriert, sondern auch die Integralität der politischen Herausforderungen in der gesamten Europäischen Union im Auge behält.

Symbol der Aussöhnung

„Ich habe darauf bestanden, dass alle Verpflichtungen, die Portugal als Gegenleistung für eine EU-Finanzhilfe angenommen hat, auch von den neugewählten Politikern durchgeführt werden“, unterstrich der Premier. In Bezug auf die Sitzfrage der EU-Institutionen will

Frankreich in den nächsten drei Wochen vor dem Gerichtshof der Europäischen Union auf Kirchberg

Einspruch gegen eine interne Entscheidung des Europäischen Parlaments einlegen. Der Entschluss der EU-Volksvertretung sieht vor, dass 2012 nur elf Parlamentssitzungen in Straßburg stattfinden sollen. Laut EU-Verträgen sind insgesamt zwölf Plenartagungen pro Jahr vorgesehen.

In den EU-Verträgen verankert

Luxemburg wird Frankreich in diesem Punkt unterstützen. „Neben dem juristischen Grund gibt es noch einen historischen, den Standort des Europaparlaments zu behalten: Straßburg steht als Symbol für die Aussöhnung von Deutschland und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir können diesen Standort also nicht als neutral betrachten“, so Juncker.

Auf die Frage nach einer eventu-

ellen Abschaffung der Sitzungswochen des Rates in Luxemburg sagte Juncker: „Ich bin nicht beunruhigt. Mir ist es egal, wenn Minister sich aufregen, dass sie die Distanz zwischen Luxemburg und Brüssel zurücklegen müssen, denn der Standort Luxemburg ist in der Gesetzgebung festgesetzt.“